

Sachdokumentation:

Signatur: DS 899

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/899



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Fakten statt Mythen N° 70 / 8. Februar 2017

Die Einbürgerung beschleunigt die Integration

Gastbeitrag von Jens Hainmueller, Dominik Hangartner und Giuseppe Pietrantuono

«Unkontrolliert einbürgern?», fragt das Plakat des Nein-Komitees um SVP Nationalrat Andreas Glarner die StimmbürgerInnen. Diese stimmen am [12. Februar](#) über die erleichterte Einbürgerung von AusländerInnen der dritten Generation ab. Die Antwort zur Frage liefert das Plakat, neben einer Drohgestalt in Form einer Burkaträgerin gleich selber: «Nein zur erleichterten Einbürgerung». Wie eine [Studie der Universität Genf](#) zeigt, erfüllen rund 25'000 junge AusländerInnen der dritten Generation zwischen 9 und 25 Jahren die Kriterien für eine erleichterte Einbürgerung. Dazu dürften in den nächsten zehn Jahren jeweils rund 2'300 ausländische Kinder pro Jahr neu für eine erleichterte Einbürgerung in Frage kommen. Diese Kinder und jungen Erwachsenen stammen überwiegend aus Italien, der Türkei und den Staaten Südosteuropas.

Im Zuge der Abstimmung vom 12. Februar zeigt sich die Brisanz der Frage wann AusländerInnen den Schweizer Pass erhalten sollen. Während die Einen dafür plädieren, MigrantInnen nach kurzer Zeit einzubürgern, um deren Integration zu fördern, sehen Andere in der Einbürgerung erst den Abschluss einer erfolgreichen Integration. Trotz der hitzigen Debatte sind empirische Befunde, ob und wie sich die Einbürgerung auf die Integration von AusländerInnen auswirkt, Mangelware. Die Schwierigkeit besteht darin, allfällige Effekte der Staatsbürgerschaft auf die politische und soziale Integration unabhängig von anderen Faktoren zu berechnen. MigrantInnen bewerben sich selektiv um den Schweizer Pass. Dies führt zu Verzerrungen in der Berechnung des Effektes der Einbürgerung, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich eingebürgerte und nicht-eingebürgerte MigrantInnen schon im Vorherein in entscheidenden Merkmalen wie z.B. Kenntnisse der Landessprache unterscheiden.

Um diese Schwierigkeit zu umgehen, haben wir uns eine umstrittene Einbürgerungspraxis zu Nutze gemacht, die es in dieser Form heute nicht mehr gibt: Die anonyme Urnen-Abstimmung über Einbürgerungsgesuche. 46 Gemeinden in der Deutschschweiz liessen zwischen 1970 und 2003 Einbürgerungsgesuche an der Urne entscheiden. Diese Entscheide vielen teils äusserst knapp aus. Wir haben 768 Personen befragt, deren Gesuch vor über 15 Jahren entweder knapp angenommen oder knapp abgelehnt wurde. Diese knapp abgelehnten und knapp eingebürgerten GesuchstellerInnen waren sich zum Zeitpunkt der Abstimmung sehr ähnlich bezüglich ihres Alters, Geschlechts, ihrer Sprachkenntnisse, ihrer Aufenthaltsdauer in der Schweiz oder ihrer Herkunft. Sie unterscheiden sich lediglich dadurch, dass die Einen – so gut wie zufällig – den Roten Pass erhalten haben, die Anderen nicht.

Unsere Resultate zeigen, dass die damals erfolgreichen GesuchstellerInnen heutzutage [politisch](#) und [sozial](#) weit besser integriert sind als MigrantInnen, welche knapp nicht eingebürgert wurden. So gehen erstere heute genauso häufig abstimmen und wählen wie gebürtige SchweizerInnen, wissen gleich viel über Politik wie gebürtige SchweizerInnen und glauben eher daran, dass sie Regierungsentscheide beeinflussen können als jene, deren

Gesuche knapp abgelehnt wurden. Weiter haben erfolgreiche GesuchstellerInnen eher den Wunsch langfristig in der Schweiz zu bleiben, fühlen sich weniger diskriminiert und lesen eher Schweizer Zeitungen als Zeitungen aus ihren jeweiligen Herkunftsländer. Dabei wirkt sich die Einbürgerung bei Personen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, die mit den stärksten Vorurteilen zu kämpfen haben, am positivsten aus.

Mit zwölf Jahren Aufenthaltsdauer geht es in der Schweiz im europäischen Vergleich sehr lange, bis sich jemand ordentlich einbürgern lassen kann. Vor dem Hintergrund unserer empirischen Befunde wäre eine Verkürzung der Wohnsitzpflicht zu begrüßen, da sich diese positiv auf die Integration von MigrantInnen in die Gesellschaft und damit für die gesamte Bevölkerung auswirken könnte. Für die Schweiz ist das eine wichtige Erkenntnis.